

V0767/21

**Eckdaten zum Haushalt 2022 und zur Finanzplanung bis 2025**  
**(Referent: Herr Fleckinger)**

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 21.09.2021**

Die vorgelegten Eckdaten dienen zur Vorbereitung für die regulären Haushaltsunterlagen, welche erst Anfang November vorgelegt werden können. Herr Fleckinger geht auf die Anlage der Beschlussvorlage ein und erläutert diese. Zu Folie drei der Anlage merkt er an, dass es sich hier um den Vergleich der Eckwerte der Einnahmen und Ausgaben handelt. Der positive Jahresabschluss 2020 sei im Wesentlichen der staatlichen Kompensationsleistungen, welche als Ausgleich für entgangene Gewerbesteuererinnahmen vom Freistaat in Höhe von knapp 75 Mio. Euro gewährt wurden, zuzurechnen. Damit seien auch andere Einnahmeausfälle kompensiert worden. Entgegen der bisherigen vorhergehenden Planung werde mit höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer gerechnet. Die Einkommensteuer konnte aufgrund der vorliegenden Beschiede entsprechend angepasst werden. Die Bereiche Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer seien mit den aktuellen Zahlen des Arbeitskreises Steuerschätzung verknüpft. Insoweit sei ein durchaus realistisches Bild hier ersichtlich. Bei Folie fünf der Anlage handelt es sich um die Budgetsalden. Diese Details werden im allgemeinen Haushalt mit den Unterlagen versandt. Hier seien die heute zu diskutierenden Personalausgaben der Kategorien eins und zwei des Stellenplans und die weiteren Anträge noch nicht enthalten. Bei Folie sechs sei die Entwicklung aus dem Jahr 2020 bis 2022 bis zur Planung ersichtlich und zeige eine deutliche Steigerung der Ansätze. Hier habe eine Umgliederung verschiedener Referate stattgefunden. Auch erhebliche Beträge aufgrund von Corona wurden in den Sachausgabebereichen mit eingestellt. Mit der Einberechnung der neuen Budgets 2021 und den erhöhten Personalausgaben in der Fortschreibung all dieser Summen bewege man sich im Bereich von 232 Mio. Euro. Herr Fleckinger weist darauf hin, dass alleine 20 Mio. Euro schon aus den Personalkosten und den Vorabdotierungen resultieren. Folie sieben zeige die Kurve der Personalausgaben bis zum Jahr 2025. Folie acht zeige eine Gesamtbetrachtung der Personalausgaben der Kategorie I und II bis zum Jahr 2025. Eine wichtige Frage sei, inwieweit der Verwaltungshaushalt noch entsprechende Überschüsse erwirtschaftete und welche dem Vermögenshaushalt zur Deckung der Bezahlung der Investitionen zukommen lasse. Die Folie neun zeige, wie sich das Ganze gestalte. Aufgrund der jetzigen Situation der höheren Steuereinnahmen können an den Vermögenshaushalt entsprechende Zuführungen geleistet werden. Im Jahr 2023 sei eine deutliche Abweichung ersichtlich. Diese entspreche der Schlüsselzuweisung von 35,5 Mio. Euro und falle stärker ins Gewicht als im Jahr 2021. Hier gehe man mit 70 Mio. Euro aus dem Rennen. Herr Fleckinger betont, dass in zwei Jahren höhere Schlüsselzuweisungen anfallen werden. Zur Mindestzuführung merkt er an, dass es sich um eine erste überschlägige Berechnung handelt. Aus den vorgesehenen Kreditaufnahmen im Finanzplanungszeitraum sei ersichtlich, mit welchen Mindestzuführungen zu rechnen sei. Nach Worten von Herrn Fleckinger sei die Finanzierung der Investitionen mit einem einstelligen Millionenbetrag nicht zu stemmen. Dies sei die Folge, dass entsprechende Kreditaufnahmen in den nächsten Jahren zu tätigen seien, wenn die Rücklagen bis zum Jahr 2023 aufgebraucht sind. Dies bedeute, dass Mitte des Jahres 2023 entsprechende Kreditaufnahmen anfallen. Folie zehn zeigt die Größenordnung der Bauinvestitionen an.

Diese können mit einem einstelligen Millionenbetrag aus dem Vermögenshaushalt finanziert werden. Herr Fleckinger betont, dass die Zahlen der Folie neun noch nicht die vorliegenden Personalvorlagen und Stellenplananträge beinhalten. Beim Addieren der Summe sei ersichtlich, dass man zum Ende hin nicht mehr viel zu vergeben habe. Bei den vorgesehenen Baumaßnahmen sei im Jahr 2022 mit einer niedrigeren Investitionssumme im Vergleich zu den Folgejahren zu rechnen. Folie elf zeige die voraussichtliche Kreditaufnahme. Der Finanzreferent weist darauf hin, dass dies zu der Haushaltssitzung nachgeschärft und dann auch die Nettoverschuldung dargestellt werde. Die Folie dreizehn der Anlage zeigt einen Tilgungsplan für 30 Jahre auf. Dies zeitliche Dauer sei ein Vorschlag. Diese Detailfragen werden in den Haushaltsunterlagen konkret dargestellt. Wichtig sei, dass Jahr für Jahr, aber auch unterjährig, fortgeschrieben werde.

Stadtrat Wittmann zeigt sich über den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD, B90 und der UWG erfreut. Die Grundsteuer B nicht zu erhöhen sei auch eine klare Position der CSU-Stadtratsfraktion. Weiter geht er auf die Eckdaten ein. Nach Betrachtung der Einnahmesituation könne eigentlich nicht von einer Problematik gesprochen werden. Bei der Einkommensteuer sei unschwer zu erkennen, dass ab dem nächsten Jahr bis zum Jahr 2025 eine Steigerung von 30 Prozent zu erwarten sei. Auch bei der Grundsteuer B sei ohne die vorgenannte Steuererhöhung immerhin eine Steigerung von 10 Prozent zu erwarten. Mit diesen Einnahmen könne man gut wirtschaften. So lange nicht über den Stellenplan entschieden sei, bittet er die Personalkosten herauszunehmen. Er betont aber, dass hier von 200 Mio. Euro im Jahr auszugehen sei. Wenn man die Zuführung zum Vermögenshaushalt aus dem Jahr 2023 im Hinblick auf die erhöhten Schlüsselzuweisungen außer Betracht lasse, sei unschwer festzustellen, dass die Zuführung des Vermögenshaushaltes gleich Null sei. Hier sei man im Schwankungsbereich und insofern könne man nicht investieren. Große Sorge mache ihm nicht die Kreditaufnahme, es müsse sich nur im vernünftigen Rahmen bewegt werden. Es sei ersichtlich, dass in den Jahren 2024 und 2025 nicht unerhebliche Tilgungsleistungen anfallen. Dass die Kreditzinsen derzeit sehr niedrig seien, sei das Eine, aber diese müssen auch getilgt werden. Stadtrat Wittmann verweist auf die Investitionen in den nächsten Jahren von rund 100 Millionen Euro. Dies bedeute für diese gewaltige Summe, dass die Rücklagen aufgebraucht seien und mit Krediten gegenfinanziert werden müssen. Die hohen Einnahmen werden alle für die Verwaltung verbraucht. Es sei kaum noch etwas für Investitionen übrig. Mit den Krediten werden nachfolgende Generationen belastet. Weiter verweist er auf die beiden großen Projekte, wie den Bau der Kammerspiele und die Generalsanierung des Stadttheaters. Ein Termin der Fertigstellung liege nicht vor. Stadtrat Wittmann regt eine Darstellung des Baureferenten im Hinblick auf die anstehenden notwendigen Großprojekte, welche nicht in der Mittelfristplanung aufgeführt seien, an. Zum Konsolidierungsrat merkt er an, dass dieser eingestampft werden könne. Die Vorschläge haben nichts aufgezeigt, was unter diesen Begriff laufen könne. Bei Gebührenanpassungen handelt es sich nicht um eine Konsolidierung. Stadtrat Wittmann betont nochmals, dass er sich um die Finanzen dieser Stadt große Sorgen mache und regt an den „Gürtel enger zu schnallen“. Er habe immer darauf hingewiesen, dass Ingolstadt einseitig strukturiert ist und insofern keine reiche Stadt sei. Im Hinblick auf die globale Situation verändere sich auch die Autoindustrie. Insofern können jederzeit hohe Einnahmen wegbrechen. Die richtigen Zeichen seien, dass von dem eingenommenen Geld noch etwas für Investitionen übrigbleibe. Es sei klar, dass in verschiedenen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden müssen. Hier sei die CSU-Stadtratsfraktion kompromissbereit. Stadtrat Wittmann betont aber, keine Einsparungen bei der Ostumgehung Etting vorzunehmen. Es stehe in keiner Relation, dies zu stoppen und zeitgleich den Umbau der Donaulende zu fordern. Er bittet darum die richtige Reihenfolge einzuhalten.

Stadtrat De Lapuente werde hier nicht ganz so schwarzmalen wie sein Vorredner. Dies sei nach seinen Worten auch berechtigt, denn der Haushalt stelle sich deutlich besser dar, als von der CSU-Stadtratsfraktion befürchtet. Es sei klar, dass die Personalkosten über die 200 Mio. Euro steigen. Dies sei im Hinblick auf die Tarifierhöhung rechnerisch kein Wunder. Es sei auch klar, dass die Zahl der Stellen weiter ansteige. Aber nicht nur durch die hohen Einstellungsquote. Die Konsolidierung sei im letzten Jahr gestartet. Hier sollten alle Punkte, sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben betrachtet werden. An die CSU gewandt merkt Stadtrat De Lapuente an, wenn keine kreativen Vorschläge eingebracht werden, sei es klar, dass diese von einem gescheiterten Konsolidierungspakt sprechen. Der Konsolidierungsrat aus dem Jahr 2004 sei im Hinblick auf die heutige Thematik mit diesem nicht vergleichbar. Bei Kritikäußerung solle man drauf schauen, was die Stadt in der Verantwortung gemacht habe. Die Investitionsliste sei sehr groß und es gebe in Ingolstadt Gebäude und viele Schulen in schlechten Zustand. Nach Worten von Stadtrat De Lapuente hätte man lieber keine Rückstellungen auf dem Konto, sondern eine anständige Schulsanierung vorgenommen. Auch der Investitionsstau wäre dadurch ausgeblieben. Insofern müssen die Investitionen nicht verlangsamt, sondern beschleunigt werden. Wenn eine Kreditaufnahme drohe, sei dies nichts Schlechtes, sondern eine Investition für die Zukunft der Kinder. Die Betrachtung der Eckwerte sei ein deutliches Zeichen für das Wachsen der Steuereinnahmen. Stadtrat De Lapuente sei zuversichtlich, dass Ingolstadt wieder Zeiten mit einem ausgeglichenen Haushalt erlebe und die Einnahmen sinnvoll verwendet werden. Es müsse ganz klar in die Zukunft von Ingolstadt investiert werden.

Stadtrat Höbusch fügt den Ausführungen seines Vorredners hinzu, dass der Haushalt 2021/2022 für die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter der Rubrik „Aufräumarbeiten“ stehe. Dabei verweist er auf den Investitions- und Personalbereich. Bei Betrachtung des Stellenplanes sei in den Kategorien I und II kaum eine Stelle dabei, welche nicht wirklich von der OEPE befürwortet und als notwendig angesehen sei. Stadtrat Wittmann habe in seiner Regierungszeit den Gürtel im Bereich der Personalausgaben zu eng geschnallt. Stadtrat Höbusch habe in den letzten beiden Haushalten eine falsche Priorisierung erfahren. Die angesprochene Donaulände sei ein Stück Lebensqualität, wobei hingegen die Ostumgehung Etting nach seinen Worten nicht so brisant sei, weil es hier nicht um die breite Masse gehe. Er bemängelt, dass man schon lange in die Investitionen gehen hätte könne. Somit hätte man eine Substanz erhalten in den Zeiten, in welchen entsprechende Rücklagen und Mittel da gewesen sind. Somit gebe es das Problem und diese Thematik für den Haushalt bis zum Jahr 2025 nicht.

Nach Worten von Stadträtin Bulling-Schröter heiße Haushalt in Zahlen gegossene Politik. So solle es auch sein. Es stelle sich die Frage, welche Anforderungen dies für den Stadtrat sind. Dabei verweist sie auf die Klimamaßnahmen und fragt hier nach Spielraum. Es sei zu überlegen, wo diese notwendig, anstehenden Klimamaßnahmen im Sinne der zukünftigen Generationen platziert werden können. Bekannt sei, dass gerade die Kommunalfinzen sehr prekär sind und im Bundestag die Debatte über den kommunalen Finanzausgleich geführt werde. Damit die Kommunen mehr Geld bekommen, wünsche sie sich hier eine klare Änderung. Es sei vieles versäumt worden und insofern müsse jetzt aufbereitet werden. Hier müsse die finanzielle Frage geklärt werden. Hinsichtlich dessen sei eine Erhöhung der Grundsteuer für die Stadtratsgruppe die LINKE richtig. Sie regt eine moderate Anhebung an, da die Bürger, die mehr Geld haben, auch mehr zahlen sollen. Bei Betrachtung der ganzen Erhöhungen solle auf die Bürger geachtet werden, die nicht so gut situiert seien. Es solle schon auch geprüft werden, wo die Stadt Einnahmen erzielen könne. Dabei verweist sie auf die Zweitwohnungssteuer. Sie regt an, gemeinsam zu überlegen, wie der Haushalt sozial und

ausgeglichen gerade im Hinblick auf die Bürger, die nicht so viel Glück im Leben haben, gestaltet werden können.

An Stadtrat Wittmann gewandt bemängelt Stadtrat Lange, dass dessen Finanzpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten eine reine Blockade-Politik gewesen sei. Dies sei nun das Problem der Stadt. Er erinnert an die permanenten Hilferufe des Personalrates in den Jahren 2014 bis 2019. Stadtrat Lange habe sich in dieser Zeit mehr um das Personal und deren Töchter, als um das Geld der Stadt gesorgt. Stadtrat Lange verweist auf die Haushaltsausgabereise von bis zu 80 Mio. Euro. Diese kamen daher, da der Verwaltung zu viel zugemutet worden sei. Der Stadtrat habe Dinge beauftragt, die diese nicht mehr umsetzen konnte. Wenn von Aufräumarbeiten gesprochen werde oder ob die Aufwertung der Donau mit der Ostumgehung Etting konkurriere, dann sei er froh, dass sich die Politik dieser Stadt weitgehend geändert habe. Jetzt werde was für die Menschen in dieser Stadt und nicht für das Kapital was getan.

Im Hinblick auf die Ausgaben zur Schlosslände und der Ostumgehung müsse sich schon die Frage gestellt werden, wo das Geld sinnvoll im Hinblick auf den Klimawandel investiert werde, so Stadtrat Köstler. Bei der Schlosslände gehe es nicht nur um den Spaß für die Bürger, sondern darum zu zeigen, dass der Verkehr verdrängt werden könne. So könne auch etwas an der Situation Automobilstadt Ingolstadt geändert werden. Die Lage bleibe ernst, denn der Klimawandel schreite voran. Es sei nicht klar, welche Kosten dieser mit sich bringen werde. Es müsse sicher gespart werden. Stadtrat Köstler sei der Meinung, dass der Konsolidierungsrat wesentlich mehr Sparvorschläge bringen müsse. Man sei nicht dort angekommen, wo man hin müsse. Er bemängelt, dass das Thema Kitas und Schulen komplett raus aus Investitionen sei. Hier habe man null Handlungsspielraum. Auch für die Kultur bleibe kein Geld. Es müsse überlegt werden, vieles zu erreichen ohne das komplette Budget auszugeben. Dabei regt er statt den Bau von lauter neuen Schulen ein Mittelschulkonzept an. Beim Personal Einsparungen vorzunehmen sei nicht der richtige Weg. Mit Blick auf die Einnahmenseite stehe eine regelmäßige Gebührenerhöhung außer Frage. Stadtrat Köstler betont, dass das Ganze aber sozialverträglich gestaltet werden müsse. Hinsichtlich dessen gehe er davon aus, demnächst über die Grund- und Gewerbesteuer zu diskutieren.

An Stadtrat De Lapuente gewandt merkt Stadtrat Schäuble an, dass es klar sei, wenn Geld ausgegeben werde, müsse natürlich auch dafür gesorgt werden, dass die Einnahmen steigen. Wenn man sich gegen die Steigerung der Ausgaben ausspreche, sei man auch gegen die Steigerung der Einnahmen. Er betont, dass Ingolstadt auf eine Verschuldung zusteure. Die Haushaltsunterlagen seien erfreulicher als befürchtet, aber noch lange nicht gut.

Stadtrat Höbusch merkt an, dass bereits im FWA das Thema Grundsteuer C diskutiert worden sei. Nach dem aktuellen Gesetzentwurf der Staatsregierung solle diese in Bayern nicht mehr mitgedacht werden. Aber gerade für eine Stadt wie Ingolstadt mit einer begrenzten Stadtfläche und vielen unbebauten Grundstücken in den Ortsteilen wäre eine Grundsteuer C ein Element einer verträglichen Nachverdichtung. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung nach der Bevölkerungsprognose brauche Ingolstadt weiteren Wohnraum und die Aktivierung von innerstädtischen Grundstücken. Insofern bittet er, sich für die Grundsteuer C einzusetzen.

Stadtrat Werner zeigt sich über die überwiegend sachliche Debatte erfreut. Weiter verweist er auf die Fakten zur Finanzsituation. Im Jahr 2019 sei der letzte Haushalt in der

Verantwortung der CSU und FW beschlossen worden. In dessen Finanzplanung sei vorgesehen gewesen, dass die Rücklagen im Jahr 2022 noch 18 Mio. Euro betragen. In der aktuellen Finanzplanung, unter Verantwortung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf und des Finanzreferenten stehen 54 Mio. Euro, trotz Corona, als Rücklagen zur Verfügung. Er stellt sich die Frage, was nun besser sei. Vor allem bei der Gewerbesteuer seien Mindereinnahmen prognostiziert worden. Die SPD-Stadtratsfraktion spricht sich für eine vernünftige Personalausstattung der Verwaltung aus. Diese dürfe nicht wieder überlastet werden, damit die Bürger nicht jahrelang auf Schulsanierungen warten müssen. Insofern fordert die SPD-Stadtratsfraktion Mehrausgaben. Bei Betrachtung der Einnahmeunterschiede, wie damals prognostiziert, stehe man mit 160 Mio. Euro besser da. Nach seinen Worten gebe es keine Problematik bei der Finanzierung der Personalkosten. Stadtrat Werner betont, dass in diesem Jahr 40 Mio. Euro mehr an Gewerbesteuereinnahmen geflossen seien. Im nächsten Jahr werden bei den vier großen Einnahmeblöcken mehr Einnahmen erfolgen, als prognostiziert worden sei. An Stadtrat Schäuble gewandt sei es ersichtlich, dass die Mehreinnahmen da sind. In dieser Situation brauche es keine 3,8 Mio. Euro jährlich an zusätzlichen Grundsteuereinnahmen. An Stadtrat Wittmann gewandt gebe er ihm Recht, dass es nicht richtig sei künftigen Generationen hohe Schulden zu hinterlassen. Aber marode Schulen und marode Straßen zu hinterlassen sei auch nicht gerecht. In der jetzigen Zeit, wo das Zinsniveau so niedrig sei, stehe einer Kreditaufnahme nichts im Wege. Wenn heute saniert werde, sei der Sanierungsaufwand geringer als in zehn Jahren, denn auch die Baukostensteigerung müsse mitbedacht werden. Insofern sei es vernünftig, Sanierungen jetzt durchzuführen und nicht den künftigen Generationen marode Schulen und einen Finanzierungsbedarf, welcher doppelt so hoch sei, zu hinterlassen. Diese kluge Politik betreibe seit Mai 2020 Oberbürgermeister Dr. Scharpf. In den Eckwerten sei auch die positive Entwicklung der Investitionen ersichtlich. Wenn in die Personalkosten investiert werde, werde auch in die Zukunft Ingolstadts investiert.

An Stadtrat Werner gewandt bringt Stadtrat Wittmann vor, dass er seine Rechnungen noch nie verstanden habe. Er gebe ihm Recht, Sanierungen durchzuführen, wo Sanierungsbedarf gegeben sei. Dies sei das Gebot der Stunde und war es auch immer. Er wolle schon darauf hinweisen, dass in den letzten fünfzehn Jahren mehr in Schulen und Kitas investiert worden sei, als jemals zuvor. Wenn 70 Mio. Euro eingestellt waren und nur 50 Mio. Euro ausgegeben werden konnten, dann hing das nicht mit der Personalknappheit zusammen, sondern hatte wirtschaftliche Aspekte. Diese liege an der boomenden Bauwirtschaft. Die 100 Mio. Euro in der Finanzplanung werden pro Jahr nicht umgesetzt werden können. Zu den Schulen und Kitas merkt er an, dass energetische Sanierungen durchgeführt worden seien. Auch an den Sportgebäuden, welche von der Stadt finanziert wurden sei dies erfolgt. Weiter weist Stadtrat Wittmann darauf hin, dass jedes Jahr viele Mio. Euro aus dem Bauunterhalt zurückgegeben wurden. Zu sagen, dass die Stadtspitze kein Geld zur Verfügung gestellt habe, sei falsch. An Stadtrat De Lapuente gewandt weise er die Schwarzmalerei zurück. Die CSU-Stadtratsfraktion habe die Zahlen ganz nüchtern betrachtet und nicht im Frühsommer gesagt, dass bis zum Herbst gewartet werden solle, weil die Befürchtung da sei, dass die Zahlen sich verschlechtern. Die Bitte sei gewesen, die Eckwerte des Haushalts abzuwarten, um über die Stellen sprechen zu können. Die Prognose der Einnahmeentwicklung in den nächsten Jahren sei gut. Insofern solle darüber nachgedacht werden, einen größeren Teil für Investition zurückzulegen. An Stadträtin Bulling-Schröter gewandt müsse sowohl der Bund, als auch das Land das Geld irgendwo hernehmen. Insofern werden die Bürger mit Steuern belastet. Stadtrat Wittmann wisse nicht, ob dies der richtige Weg sei. An Stadtrat Höbusch gewandt stimme die Aussage nicht, dass alles kaputtgespart worden sei. Die Anschuldigungen die darauf abzielen zu sagen, was die alte Stadtregierung gemacht habe, sei falsch, halte Stadtrat Wittmann für nicht anständig.

Bei Betrachtung des Haushaltes liege es in der Natur der Sache, dass dieser unterschiedlich bewertet werde, so Stadtrat Stachel. Die Zahlen geben eindeutig her, dass die Personalkosten die Stadt an die Handlungsunfähigkeit treiben. Es gebe keinen freien Spielraum mehr. Wenn Stadtrat Werner die Zahlen anders wahrnehme als Stadtrat Wittmann, dann habe er tatsächlich was falsch wahrgenommen. Er vergesse die geschenkten Mittelzuflüsse von 73 Mio. Euro vom Staat. Diese kamen als Ausgleich und dienen zur Kompensierung der Corona-Probleme. Hierbei handelt es sich um keine Leistung, die die Stadt erbracht habe. Zum Haushalt gehört auch das Wort „haushalten“. Dies solle man vor allem mit dem Geld, welches man habe und nicht welches geliehen sei. Es sei richtig, auch zu investieren. Aber wenn wir investieren wollen, dann müsse dies mit Investitionsobjekten und Objekten, welche später einen Mehrwert bringen, generiert werden. Schulen werden einen Mehrwert generieren, weil dadurch die Bildung gefördert und somit die Zukunft der Stadt gestärkt werde. Es könne aber nicht sein, in leere Kasse zu schauen und Kredite aufzunehmen und Ingolstadt in ein Freizeitland zu verwandeln. Es werde jetzt schon wieder über Dinge gesprochen, welche noch nicht im Investitionsprogramm beinhaltet seien. Dabei verweist er auf das Thema Donaulust. Seines Erachtens handelt es sich um Donafrust. Es gebe genügend Leute, die dieses Projekt alles andere als gelungen sehen. Zur Grundsteuer B zeigt er sich über die Einigkeit erfreut. Stadtrat Stachel bemängelt aber, dass diese Umsetzung schon früher erfolgen hätte können. Dabei verweist er auf den Konsolidierungsrat. Zu sagen, dass es keine Ideen gegeben habe, sei nicht richtig. Gebührenerhöhungen in Frage zu stellen, welche zwingend notwendig seien, habe nichts mit einem verantwortlichen Handeln für die Stadt zu tun. Die Grundhaltung müsse klar sein, denn im Laufe der Zeit steigen nicht nur die Kosten, sondern auch die Gebühren. Stadtrat Stachel sei gespannt auf die nächste Haushaltsdebatte für den Haushalt 2022. Die ganzen Prognosen zum Bauen seien wunderbare Absichtserklärungen, hinter denen die FW-Stadtratsfraktion auch stehe. Aber ob dies so eintrete, werde man sehen. Die Überhitzung der Baukonjunktur sei zum jetzigen Zeitpunkt kein Deut besser als damals.

Die vorgelegte Investitionsliste sei in der Tat das größte Investitionsprogramm der Stadtgeschichte. Bei Betrachtung der Summe in der Anlage I handelt es sich um eine Gesamtsumme von ungefähr 85 Mio. Euro. Für alle Bauvorhaben seien die Planungskosten und nicht die Endsummen aufgeführt. Insofern liege man weit über einer Milliarde Euro. Am meisten werde im Bildungsbereich investiert. Dies sei einer erfreulichen Entwicklung geschuldet. Seit dem Jahr 2013 sei Ingolstadt als Boom-Region auch im Bereich der Geburten angestiegen. Insofern sei auch das Grund- und Mittelschulkonzept im Jahr 2016 beschlossen worden. Hierbei handelt es sich um Erweiterungen, Neubauten und auch um Sanierungen. Deswegen seien im Bildungsbereich 200 Mio. Euro eingestellt. Dies sei keinesfalls sein Verdienst, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Er betont, dass die ganze Liste nicht von ihm sei. Hierbei handelt es sich nicht um seine Ideen. Diese Liste habe er bei Amtsantritt so vorgefunden wie sie jetzt sei. Aber jetzt müsse damit umgegangen werden. Diese 530 Mio. Euro für den Bildungsbereich in der Langfristplanung machen 75 Prozent der Hochbauinvestitionen aus. Es nütze nichts, denn Schulen und Kitas müssen gebaut und saniert werden. Dass nun im Rahmen der Mittelfristplanung in die Verschuldung gegangen werde, sei bereits in der letzten Kommunalwahl klar gewesen. Da die Baukosten in den letzten Jahren und Monaten so enorm angestiegen seien, müsse das Bauen beschleunigt werden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf finde es absolut in Ordnung, dass man für Investitionen in die Verschuldung gehe. Denn hierbei handelt es sich um Investitionen für die kommenden Generationen. Diese können nicht auf die Schulen warten, denn diese brauchen die Investitionen jetzt. Es könne nicht die Einnahmesituation abgewartet werden, denn dann würde man nie dazu kommen, dass aus der Einnahmesituation Investitionen gestemmt

werden. Die Finanzsituation der Kommunen sei nicht so, dass diese aus den Einnahmen die Investitionen im Bildungsbereich schultern könne. Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert, dass die Stadt vom Freistaat zwischen 20 und 30 Prozent über die FAG Mittel als Schulaufwandsträger erhalte. Dieses Geld reiche aber nicht aus, aber die Schulen müssen trotzdem gebaut werden. Deswegen müsse, um das Investitionsvolumen zu stemmen, in die Verschuldung gegangen werden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei im ständigen Austausch mit dem Baureferenten. Es sei beabsichtigt, ein strategisches Immobilienmanagement aufzulegen. Herr Hoffmann habe ein solches in seiner früheren Wirkungsstätte praktiziert. Für jedes einzelne Projekt in der Stadt solle eine Bestandsaufnahme mit den Lebenszyklen erstellt werden. Hierbei handelt es sich um ein Ampelsystem, welches nach Prio erfolge. Zum Thema Neubau habe der Vorsitzende das Hochbauamt gebeten, sich ganz auf den Schul- und Kitabau zu konzentrieren. Um zügiger voran zu kommen, regt er an, die INKoBau mit einzubinden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont nochmals, dass 200 Mio. Euro in der Mittelfristplanung im Bildungsbereich zu stemmen seien. Genau mit dieser Summe gehe man in die Verschuldung. Diese Investition betreffe die kommende Generation.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.